

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Teil 1: Einleitung	1
I. Problemaufriss	3
II. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung	9
Teil 2: Unionsrechtlicher Rahmen für nationales Glücksspiel	11
I. Der Glücksspielbegriff im Unionsrecht	13
A. Glücksspiel in der Legislative	13
B. Glücksspiel in der Rsp des EuGH	15
II. Kohärente Beschränkung des Glücksspielmarktes	19
A. Kohärente Zielverfolgung	20
B. Reichweite der Kohärenzprüfung	22
III. Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse	29
Teil 3: Das Glücksspielmonopol und seine Durchsetzung	33
I. Historische Hintergründe und Ziele des Monopols	35
II. Der Glücksspielbegriff im GSpG	39
A. Vorliegen eines entgeltlichen Glücksvertrags iSd § 1267 ABGB	39
B. Ausschließliche oder vorwiegende Zufallsabhängigkeit	43
III. Ausgestaltung des Glücksspielmonopols	45
A. Der Ausspielungsbegriff	45
B. Ausnahmen vom Glücksspielmonopol	47
C. Übertragung von Lotterie- und Spielbankkonzessionen	48
IV. Räumlicher Anwendungsbereich des Glücksspielmonopols	51
A. Funktionsweise der Datenübertragung im Internet	51

VII

B. Teilnahme an einer Online-Ausspielung aus technischer Sicht	54
C. Anknüpfungspunkt: Teilnahme vom Inland aus	55
V. Durchsetzung des Monopols nach GSpG	63
A. Verwaltungsrechtliche Mittel gegen Veranstalter verbotener Online-Ausspielungen	63
B. Verwaltungsstrafbarkeit anderer Provider, Suchmaschinen und Linksetzer	76
C. Verwaltungsstrafbarkeit von Zahlungsdienstleistern	84
D. Werbung für verbotene Online-Ausspielungen	96
E. Die subsidiäre Strafbarkeit der Veranstalter und Förderer nach § 168 Abs 1 StGB	98
F. Verantwortlichkeit der Spielteilnehmer nach § 52 Abs 5 GSpG	100
G. Ergebnis	102
VI. Zivilrechtliche Folgen verbotener Ausspielungen	105
A. Rückforderung der Spieleinsätze im nationalen Kontext	105
B. Rückforderung der Einsätze in grenzüberschreitenden Fällen	107
C. Ergebnis	113
VII. Fazit zur (In-)Kohärenz des Online-Monopolsystems	115
Teil 4: Verstärkte Rechtsdurchsetzung im Internet	117
I. Rechtslage in den ausgewählten Staaten	119
A. USA	119
B. Deutschland	132
C. Schlussfolgerungen aus dem Rechtsvergleich	141
II. Unions- und verfassungsrechtliche Grenzen zur Umsetzung von Web-Sperren in Österreich	143
A. Web-Sperren aus technischer Sicht	143
B. Unionsrechtliche Vorgaben für eine Mitwirkungspflicht	149
C. Nationale Vorgaben für die Inanspruchnahme des Access-Providers	177
D. Rechtswirkungen für den zu sperrenden Glücksspielveranstalter	198
E. Over-blocking	203
F. Zusammenfassung mit Vorschlag einer Regelung für Web-Sperren	208
III. Unions- und verfassungsrechtliche Grenzen zur Umsetzung von Zahlungsblockaden in Österreich	211
A. Bestehende due-diligence-Pflichten zur Verhinderung von Geldwäsche	211
B. Unionsrechtliche Vorgaben für eine Mitwirkungspflicht	213
C. Nationale Vorgaben für Mitwirkungspflichten	230
D. Rechtswirkungen für Veranstalter verbotener Ausspielungen	237

E. Over-blocking	247
F. Zusammenfassung mit Vorschlag einer Regelung für Zahlungsblockaden	249
Zusammenfassung in Thesen	253
Verzeichnisse und Anhang	265
I. Literaturverzeichnis	267
II. Judikaturverzeichnis	291
III. Anhang	303
Über die Autorin	307